

An die Vertreterinnen und Vertreter der Presse

Pressemitteilung: Bundesregierung verpasst Chancen in der Energiewende

Der Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore e.V. (BWO) sieht verpasste Chancen in der von der Bundesregierung kürzlich getroffenen Entscheidung zu Sonderausschreibungen für Erneuerbare. „Leider hat die Bundesregierung sich entschieden, den im Koalitionsvertrag beschlossenen Zusatzbeitrag der Offshore-Windenergie nicht umzusetzen.“, sagt Uwe Knickrehm, Geschäftsführer des BWO, „das ist eine verpasste Chance. Die Betreiber von Offshore-Windparks sind sich mit den Übertragungsnetzbetreibern einig darin, dass ein Sonderbeitrag von 1,5 GW leicht umzusetzen und volkswirtschaftlich sinnvoll ist.“ Der BWO fordert die Bundesregierung auf, seine Beschlüsse im Bereich Offshore-Windenergie nachzubessern.

Zusätzlich muss auch an der weiteren Entwicklung des deutschen Energiesystems gearbeitet werden. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag festgehalten, dass der Anteil der Erneuerbaren bis 2030 auf 65 Prozent angehoben werden soll. Hierfür sind mindestens 20 GW als Offshore-Beitrag bis 2030 nötig. Die dafür nötige Anhebung des Ausbaudeckels für Offshore-Windenergie muss im Frühjahr 2019 beschlossen werden.

Über den Bundesverband Windparkbetreiber Offshore e.V. (BWO):

Der BWO vertritt alle Unternehmen die Offshore-Windparks in der deutschen Nord- und Ostsee planen, bauen und betreiben. Damit bündelt der BWO die Kraft und das Knowhow für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland und Europa. Im BWO sind derzeit 17 Unternehmen organisiert.